ARBEIT UND DIGITALISIERUNG 11.12.2025 | Daniel Angus

Keine Panik

Australiens Social-Media-Verbot beruhigt besorgte Eltern. Europa sollte statt Symbolpolitik echte Lösungen suchen.

Eine kleine Anzahl von Social-Media-Plattformen in Australien muss nun angemessene Maßnahmen ergreifen, um Konten für Personen unter 16 Jahren zu verhindern. Die Regierung behauptet, dass die Reform eine Generation schützen werde, die mit Mobbing, Ängsten und einem „Verlust der Kindheit" konfrontiert sei. Dies spiegelt die weltweite Panik in Bezug auf Smartphones und Jugendliche wider.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch ein tieferes Problem: Das Altersverbot ist ein stumpfes Instrument, das von den Interessen der alten Medien vorangetrieben wird, das durch die Schwächen der sozialen Medien selbst ermöglicht wird und auf wackeligen Beweisen und einer begrenzten Definition von Schaden basiert. Es läuft Gefahr, ängstliche Eltern zu beruhigen, während junge Menschen von Debatten über ihr eigenes Leben ausgeschlossen werden.

Der Schritt wiederholt ein bekanntes politisches Muster. Genau wie der *News Media Bargaining Code* von 2021 trägt auch das Altersverbot deutliche Spuren des traditionellen australischen Mediensektors. Damals setzten sich die traditionellen Medien Australiens intensiv für ein Gesetz ein, das Plattformen wie Google und Facebook zur Bezahlung von Nachrichten zwingt, und stellten den Kampf als „Tech-Giganten gegen Demokratie" dar. In Wirklichkeit handelte es sich um einen politischen Deal: Die Regierungen halfen dabei, scheiternde Geschäftsmodelle zu stützen, und die Medien trugen dazu bei, einen Kulturkampf um Plattformen zu entfachen.

Jetzt ist das Ziel derselbe Bösewicht, aber die Geschichte hat sich geändert. Diesmal sei nicht der Journalismus bedroht, vielmehr werden die sozialen Medien dafür verantwortlich gemacht, Kindern zu schaden. Die Einfachheit der Erzählung hilft dabei. Sie sorgt für plakative Schlagzeilen. Sie spielt mit den Ängsten der Eltern. Und sie ermöglicht es den Regierungen, entschlossenes Handeln gegen die großen Tech-Unternehmen zu fordern.

Die sozialen Medien haben sich auch selbst zu einem leichten Ziel gemacht. Jahrelang haben die Giganten der Branche das Vertrauen der Öffentlichkeit verspielt. Schwache Moderation, undurchsichtige Algorithmen, die Nichteinhaltung hart erkämpfter Schutzmaßnahmen und endlose Engagement-Taktiken haben ihre soziale Akzeptanz untergraben. Die Branche gilt heute als unverantwortlich, ja sogar als räuberisch.

Ein Verbot ist jedoch eine schlechte Antwort auf ein komplexes Problem.

Ein Verbot ist jedoch eine schlechte Antwort auf ein komplexes Problem. Die mit sozialen Medien verbundenen Schäden sind real. Aber sie werden oft vage oder übertrieben dargestellt. Es gibt keinen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen der Nutzung von Smartphones und Depressionen bei Jugendlichen. Mobbing findet online, aber auch offline statt. Die Vorstellung einer „verlorenen Kindheit“ klingt dramatisch. Aber zur Kindheit gehört heute auch das digitale Leben: Freunde, Lernen, Identität und Spielen. Ein Verbot schneidet junge Menschen von wichtigen sozialen Räumen ab. Es beseitigt weder die Ursachen der Schäden, noch berücksichtigt es, wie sich die Kindheit und der Medienkonsum von Kindern verändert haben.

Die Regierung verkauft das Verbot als gesunden Menschenverstand. Minister sprechen mit Eltern. Aber die am stärksten Betroffenen wurden nie gefragt. Eine aktuelle Umfrage der ABC unter17 000 australischen Teenagern zeigt, dass nur neun Prozent das Verbot unterstützen. Die meisten halten es stattdessen für paternalistisch und realitätsfern. Sie befürchten, dass es sie von Freunden, Kultur und Unterstützungsnetzwerken abschneiden wird. Und sie wissen, dass jeder Teenager eine Altersüberprüfung umgehen oder schnell eine alternative Plattform finden kann.

Es gibt einen Weg, soziale Medien sicherer zu machen: Hören Sie zunächst einmal den jungen Menschen zu. In unseren eigenen Untersuchungen und denen unserer Kollegen haben junge Australier eine Reihe klarer Reformen skizziert, die Plattformen für alle, nicht nur für Minderjährige, gesünder machen würden. Ihre Ideen sind präzise, praktisch und stehen im Einklang mit den Debatten von Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Sie wollen stärkere Instrumente, um gegen Missbrauch vorzugehen. Sie wollen mehr Transparenz. Klare Erklärungen, wenn Inhalte entfernt

oder Konten eingeschränkt werden, damit sie die Regeln verstehen und sich nicht willkürlich bestraft fühlen. Sie wollen Datenschutz von Anfang an, nicht als nachträglichen Einfall, mit minimaler Datenerfassung und Respektierung ihrer Entscheidungen. Sie wollen echte Möglichkeiten zur Mitgestaltung, Plattformen, die tatsächlich auf ihre Anliegen eingehen. Neue Funktionen sollen mit jungen Menschen getestet und auf Feedback soll reagiert werden, anstatt dass Regeln von oben auferlegt werden. Vor allem wollen sie soziale Medien, die ihr Wohlbefinden, ihre Kreativität und ihre Verbindungen fördern, nicht nur Engagement-Kennzahlen.

Diese Ideen sind einfach. Sie berühren das Geschäftsmodell. Sie bieten Wahlmöglichkeiten. Sie bestrafen junge Nutzer nicht – sie reformieren das System. Das australische Modell tut nichts davon. Es lässt das System so, wie es ist. Es entzieht Teenagern lediglich ihre Rechte und Sicherheitsinstrumente. Europa sollte dies genau beobachten. Einige Politiker loben Australien bereits als mutig. Aber eine Welle von Altersbeschränkungen wird wenig bewirken. Sie wird strenge Regeln und keine wirklichen Veränderungen im Plattformdesign mit sich bringen.

Bei diesem Kampf geht es auch um Macht in kleinen Demokratien. Die alten Medien bestimmen in Australien nach wie vor die Agenda. Sie stellen Plattformen als Bedrohung dar. Sie nutzen ihre Reichweite, um Politik zu machen. Tech-Unternehmen sind derzeit in der Defensive. Sie sehen sich der Wut der Öffentlichkeit und dem Druck der Gesetzgeber ausgesetzt. Ihre schlechte Bilanz in Sachen Sicherheit bietet Kritikern eine leichte Zielscheibe. Wenn Politiker jungen Menschen helfen wollen, brauchen sie jedoch mehr als Verbote. Sie müssen in Jugenddienste investieren. Sie brauchen eine starke digitale Bildung. Sie müssen Familien und Schulen unterstützen. Und sie müssen Teenager als Bürger behandeln, deren Meinung es wert ist, gehört zu werden.

Soziale Medien sind heute fester Bestandteil der Jugendkultur und bieten Fürsorge und Gemeinschaft.

Soziale Medien sind heute fester Bestandteil der Jugendkultur und bieten Fürsorge und Gemeinschaft. Teenager nutzen sie, um ihre Identität zu entwickeln und Unterstützung zu finden. Sie lernen von Gleichaltrigen, teilen Kunst und führen nationale Kampagnen für Veränderungen durch. Sie bilden Gruppen, die ihnen helfen, sich weniger allein zu fühlen. Ein Gesetz, das den Zugang einschränkt, mag einige Schäden verringern. Es könnte aber auch diese enormen positiven Aspekte zunichtemachen. Junge Menschen glauben nicht mehr, dass die traditionellen Medien für sie sprechen. Sie

> finden ihren eigenen Weg im Internet und entwickeln ihre Nachrichtengewohnheiten durch *Creators* und Freunde, nicht durch alte und verstaubte Zeitungen und Fernsehen.

Hinter all dem verbirgt sich noch ein weiteres Problem: die Beobachtbarkeit. Wir können Plattformen nicht verbessern, wenn wir nicht sehen können, wie sie funktionieren. Seit Jahren verweigern Unternehmen den Zugang zu Daten für Forschungszwecke. Wir können nicht sehen, wie Algorithmen schädliche Inhalte verbreiten, wie wichtige Moderationsentscheidungen getroffen werden oder wie Aufmerksamkeit monetarisiert wird. Forscher und zivilgesellschaftliche Gruppen arbeiten seit langem im Dunkeln und müssen sich mit den Brocken begnügen, die clevere Kollegen zusammenstückeln können.

Europa hat das geändert. Der *Digital Services Act* zwingt große Online-Plattformen, Daten mit zugelassenen Forschern zu teilen. Er verlangt Risikoprüfungen. Er macht den Feed öffentlich sichtbar. Diese Gesetze haben ein Fenster in die Black Box geöffnet. Dieser Zugang ist wichtig. Er ermöglicht uns zu verstehen, wie Plattformen Politik und Kultur prägen. Ohne Daten können wir keine Missbrauchsmuster aufdecken. Wir können nicht sehen, wie Feeds bestimmte Arten von Inhalten pushen und andere begraben. Plattformen gewinnen durch Schweigen und Verschleierung.

Die positiven Reformideen von Teenagern müssen beobachtbar sein, damit sie funktionieren können. Feed-Kontrolle hat wenig Bedeutung, wenn wir nicht sehen können, was der Feed tut. Sicherheitsinstrumente sind wichtig, aber wir brauchen Beweise dafür, dass sie funktionieren. Kontrollen helfen bei der Auswahl, aber wir müssen testen, ob sie einen positiven Unterschied bewirken. Forschung und öffentliche Aufsicht machen dies möglich.

Europa steht an einem Scheideweg. Es kann eine Führungsrolle im Bereich der digitalen Rechte übernehmen. Oder es kann seine besten Instrumente zunichtemachen. Das Altersverbot in Australien zeigt, wie Angst zu einer uninformierten Politik führen kann. Die Frage ist einfach: Wollen wir, dass Teenager aus den sozialen Medien verschwinden? Oder wollen wir, dass soziale Medien für Teenager funktionieren? Der erste Weg sorgt für Schlagzeilen. Der zweite bietet uns Optionen.

Australien hat sich für die Schlagzeile entschieden. Andere können sich für die Zukunft entscheiden. Dazu müssen wir jungen Menschen zuhören, in ihr Leben investieren und die Plattformen für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Nur dann können soziale Medien



Daniel Angus
Queensland

Prof. Daniel Angus ist Professor für digitale Kommunikation an der Fakultät für Kommunikationswissenschaften der *Queensland University of Technology* und Direktor des Forschungszentrums für digitale Medien der *QUT*.